

Einigung bei Unternehmenssteuerreform

International wettbewerbsfähige Unternehmenssteuern

Die Arbeitsgruppe der Großen Koalition hat sich auf Eckpunkte für eine Reform der Unternehmenssteuer verständigt. Die Reform soll am 1. Januar 2008 in Kraft treten. Kernanliegen der Reform ist es, die steuerlichen Belastungen für alle Unternehmen – Mittelstand und große Kapitalgesellschaften – auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von unter 30 Prozent zu senken.

Waffengleichheit für Mittelstand und Kapitalgesellschaften

Die Eckpunkte sind eine tragfähige Grundlage zur Erarbeitung eines Gesetzentwurfs und zur weiteren Beratung der Detailfragen. Die Begrenzung des Körperschaftsteuersatzes auf 15 Prozent und der nominalen Belastung einbehaltener Gewinne auf unter 30 Prozent bringt Deutschland im internationalen Steuerwettbewerb voran. Die Belastung deutscher Unternehmen liegt künftig im europäischen Mittelbereich. Die Begünstigung einbehaltener Gewinne bei Personenunternehmen garantiert Waffengleichheit zwischen Mittelstand und Kapitalgesellschaften.

Besondere Handschrift der CSU: Ursprüngliche Pläne für steuerliche Rückgriffe in die Substanz der Unternehmen, also die Einbeziehung ertragsunabhängiger Elemente konnten verhindert werden. Auch einseitige Belastungen des Mittelstands bei der Gegenfinanzierung wurden abgewehrt.

Die vereinbarten Beschlüsse zur Gegenfinanzierung erlauben eine Nettoentlastung der Unternehmen von rund 5 Mrd. Euro und gefährden damit das Ziel der Haushaltskonsolidierung nicht. Mit der Senkung der Unternehmenssteuern setzt die Union ein wichtiges Anliegen der deutschen Wirtschaft um. Es wird die Unternehmen dazu animieren, zu investieren und ihre Gewinne in Zukunft wieder stärker als bisher in Deutschland zu versteuern - und nicht im Ausland.

Abgeltungssteuer: Wichtiger Schritt gegen Kapitalflucht

Die Einführung einer Abgeltungssteuer zum Jahresbeginn 2009 in Höhe von 25 Prozent auf Kapitaleinkünfte ist ein überfälliger Schritt im deutschen Steuersystem.

Sie ist die Voraussetzung für den Verzicht auf Konten-Schnüffelei: Die Sichtung der Bankkonten durch den Fiskus zur Kontrolle von Kapitaleinkünften entfällt.

Die von den Kreditinstituten zu ermittelnde Abgeltungssteuer ist ein entscheidender Beitrag gegen die verbreitete Kapitalflucht auf anonyme Konten im Ausland. Kapitaleinkünfte können aber auch wie bisher über eine Steuererklärung versteuert werden. Diese Optionsregelung lohnt sich vor allem, wenn die Gesamteinnahmen nicht zu hoch sind und garantiert die Schonung von Steuerzahlern mit einem Durchschnittssteuersatz von unter 25 Prozent.

Gewerbsteuer bleibt erhalten

Die Gemeinden behalten mit der Gewerbesteuer auch künftig eine eigene wirtschaftskraftbezogene Steuer. Sie bleibt in ihren wesentlichen Elementen unverändert. Der ursprüngliche Plan einer einheitlichen Bemessungsgrundlage bei Gewerbe- und Körperschaftsteuer war nicht darstellbar. Die Einführung einer neuen Grundsteuer C ist vom Tisch. Mit der Einigung wird die jahrelange Verunsicherung der Kommunen beendet.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

das Ergebnis der jüngsten
Steuerschätzung ist ein erfreuliches Spiegelbild der fundamentalen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage unseres Landes. Die geschätzten Mehreinnahmen von über 19



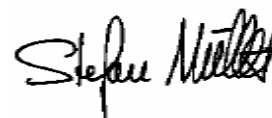
Mrd. Euro in diesem und über 20 Mrd. Euro im nächsten Jahr stützen sich vor allem auf eine nachhaltig verbesserte Ertragslage der Unternehmen, den positiv zu verzeichnenden Beschäftigungszuwachs sowie den zunehmenden Konsum.

Spielräume für neue finanzpolitische Begehrlichkeiten und Verteilungsdebatten sind mit den Steuermehreinnahmen jedoch keineswegs verbunden. Angesichts der nach wie vor prekären Lage der Staatsfinanzen ist es nur konsequent, den Löwenanteil vorrangig zum Abbau der Neuverschuldung zu verwenden. Nur so werden wir in der Lage sein, die Nettokreditaufnahme im nächsten Jahr auf den niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung zu drücken – ein beachtlicher Konsolidierungserfolg.

Nicht zuletzt auch mit Hilfe der Steuermehreinnahmen können CSU und CDU eine wichtige Zusage an die Kommunen einlösen: Städte und Gemeinden werden im nächsten Jahr einen Bundeszuschuss zu den Kosten der Unterkunft für die Bezieher von Arbeitslosengeld II in Höhe von 4,3 Mrd. Euro erhalten. Der Bundesanteil von 31,8 Prozent wird zudem bis 2010 festgeschrieben. Dies zeigt: Auch bei der Entlastung der Kommunen halten wir Wort!

Die kräftige Reduzierung des Defizits ermöglicht es dem Bund, endlich auch wieder den Europäischen Stabilitätspakt einzuhalten. Von einem ausgeglichen Haushalt wie im CSU-regierten Bayern ist der Bund jedoch noch meilenweit entfernt. Deshalb müssen den beachtlichen Konsolidierungserfolgen weitere Schritte folgen.

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Müller MdB

Jahresgutachten des Sachverständigenrats

Wirtschaftsweise erwarten kräftiges Wachstum

Einen überaus optimistischen Konjunkturausblick vermittelt das jüngst vorgestellte Jahresgutachten 2006/2007 des Sachverständigenrats. Mit 1,8 Prozent Wachstum im nächsten Jahr fällt die Prognose der fünf Wirtschaftsweisen dabei noch positiver aus, als die Bundesregierung bisher voraussagte. Neben den positiven Nachrichten aus der aktuellen Steuerschätzung und vom Arbeitsmarkt ist das Jahresgutachten eine weitere Bestätigung des CDU/CSU-geführten Regierungskurses.

Die entscheidende Botschaft des diesjährigen Jahresgutachtens lautet: Der Aufschwung setzt sich auch im kommenden Jahr fort. All jene Kritiker der Haushaltskonsolidierung der Großen Koalition, die infolge der beschlossenen Erhöhung der Mehrwertsteuer das Horrorbild eines konjunkturellen Einbruchs an die Wand gemalt haben, werden eindrucksvoll widerlegt. Der Aufschwung besitzt mittlerweile ein breites Fundament.

Die Erholung am Arbeitsmarkt hält an: Die Zahl der neuen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse stieg im Oktober im Vorjahresvergleich um 258.000 und die Arbeitslosenquote sank unter

die 10-Prozent-Marke. Nach 4,86 Millionen Arbeitslosen erwarten die Experten für nächstes Jahr einen Rückgang auf 4,2 Millionen.

Sozialversicherungsbeiträge sinken

Auf ihrem Kurs zur beschäftigungspolitisch gebotenen Entlastung der Lohnzusatzkosten erzielt die CDU/CSU-geführte Regierungskoalition weitere Fortschritte. Mit der beschlossenen Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,2 Prozent werden die Beitragszahler ab nächstem Jahr - trotz Erhöhungen bei Rente und Gesundheit - unter dem Strich um über ein Prozent entlastet. Angesichts dieser positiven Datenlage ist die Kritik des Rats am Kurs der Koalition nicht nachvollziehbar. Der Regierungswechsel im vorigen Jahr hat sich längst ausgezahlt. Die längste Stagnation der Nachkriegsphase ist endlich überwunden. Investoren und Verbraucher blicken wieder optimistisch in die Zukunft. Die kräftige Zunahme der Investitionen ist Ausdruck des Vertrauens in den Kurs der Koalition. Der Rat

verkennt die politischen Probleme, die in einer Koalition von Partnern mit teilweise erheblichen Differenzen in wirtschafts- und sozialpolitischen Grundsatzfragen bestehen.

Sachverständigenrat 2006

Prognosen für Deutschland (in %)

	2005	2006	2007
Bruttoinlandsprodukt	0,9	2,4	1,8
Privater Konsum	0,1	0,9	0,3
Ausrüstungsinvestitionen	6,1	6,9	6,0
Bauinvestitionen	-3,6	2,5	1,7
Export	6,9	10,2	6,6
Erwerbstätige, Mill.	38,823	39,045	39,299
Arbeitslosenquote, Mill.	11,7	10,9	10,2

Quelle: Jahresgutachten 2006/2007

Trotz dieser Differenzen hat die Große Koalition innerhalb nur eines Jahres vernünftige und erfolgversprechende Kompromisse gefunden. Sie hat grundlegende Reformen im Bereich der Alters- und Gesundheitsreform sowie der Unternehmensbesteuerung auf den Weg gebracht und die Defizite in den öffentlichen Haushalten spürbar zurückgeführt.

Diese Woche

Einigung bei Unternehmenssteuerreform

International wettbewerbsfähige Unternehmenssteuern S. 1

Jahresgutachten des Sachverständigenrats

Wirtschaftsweise erwarten kräftiges Wachstum S. 2

Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG

Fahrplan für Teilprivatisierung steht S. 3

EU-Verhandlungen mit der Türkei

Schwere Belastung durch die Türkei S. 3

Ein Jahr Große Koalition

Deutschland im Aufwind
- Politik für Aufschwung und Arbeitsplätze - S. 3/4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin - Platz der Republik 1

Tel: (030) 227 - 70212
Fax (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

EU-Verhandlungen mit der Türkei

Schwere Belastung durch die Türkei

Der von der EU-Kommission vorgelegte Türkei-Bericht ist de facto kein Fortschrittsbericht, sondern ein Rückschrittsbericht. Die in dem Bericht festgestellten massiven rechtsstaatlichen Defizite und die Weigerung der Türkei, die Zollunion mit der EU auf Zypern auszuweiten, müssen Konsequenzen für den EU-Verhandlungsprozess haben.

Die Mitgliedschaft in der EU ist an klare Kriterien geknüpft. Diese müssen Punkt für Punkt erfüllt sein. Die Gespräche der EU-Kommission sollten erst fortgesetzt werden, wenn die Türkei durch praktisches Handeln ihre Bereitschaft untermauert, die Anforderungskriterien an eine EU-Mitgliedschaft zu erfüllen.

Die EU-Kommission und jedes einzelne Mitgliedsland stehen in einer

großen Verantwortung. Es würde das Vertrauen der Bürger sicher nicht erhöhen, wenn Europa seine eigenen Grundsätze und Maßstäbe nicht mit entschiedenem Ernst zur Grundlage von Beitrittsverhandlungen machen würde. Es kann nicht ohne Konsequenzen bleiben, wenn die Türkei in der Zypernfrage anhaltenden Vertragsbruch begeht und sich das Recht herausnimmt, ein vollwertiges EU-Mitglied nicht anzuerkennen.

Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG

Fahrplan für Teilprivatisierung steht

- Die Deutsche Bahn AG kann nach jahrelangem Ringen Kurs auf die Börse nehmen -

Die Fachpolitiker der Koalitionsfraktionen und der Bundesverkehrsminister einigten sich auf die Grundzüge zur Teilprivatisierung des letzten großen Staatsunternehmens bis zum Jahr 2009. Auf dieser Basis kann die Bundesregierung bis Ende März 2007 ein Privatisierungsgesetz erarbeiten.

Mit der Einigung ist es gelungen, die entscheidenden Anforderungen von CSU und CDU an die Kapitalprivatisierung der DB AG festzuschreiben:

Die grundgesetzlich verankerte Infrastrukturverantwortung des Bundes wird auch nach einer Teilprivatisierung der DB AG umfassend gesichert. Das Gleisnetz und die Bahnhöfe verbleiben in der Hand des Bundes. Private Investoren werden nicht an der Eisenbahninfrastruktur beteiligt. Die DB AG betreibt für einen noch zu vereinbarenden Zeitraum diese Infrastruktur und kann sie auch weiter in ihrer Bilanz führen. Dabei muss sie vertraglich bzw. gesetzlich vorgegebene Aufgaben zur Pflege des Netzes

strikt einhalten. Zusätzliche Schulden und Risiken für den Bundeshaushalt werden ausgeschlossen.



Die bestehende Beschäftigungssicherung bis 2010 und der der konzerninterne Arbeitsmarkt der DB AG können fortgeführt werden.

Um den ungehinderten Zugang privater Anbieter zu sichern und einen fairen Wettbewerb auf der Schiene zu sichern, werden die Regulierungsinstrumente der Bundesnetzagentur weiterentwickelt.

Für die Union war immer klar: Deutschland braucht eine starke Bahn und ein erfolgreiches Unternehmen DB AG. Die Privatisierung leistet dazu einen Beitrag, Gleichzeitig darf das steuerfinanzierte Eisenbahnnetz nicht zum Renditeobjekt des Kapitalmarkts werden. Die Infrastrukturverantwortung des Bundes muss nach der Kapitalprivatisierung der DB AG ebenso gesichert sein wie das Wohl der Beschäftigten.

1 Jahr Große Koalition

Deutschland im Aufwind

- Politik für Aufschwung und Arbeitsplätze -

Es geht aufwärts: Ein Jahr Große Koalition – das ist ein Jahr Erfolg für Wachstum und Arbeitsplätze. Stagnierende Wirtschaft, sinkende Beschäftigtenzahlen, immer mehr Arbeitslose, wachsende Staatsverschuldung – Rot-Grün hielt Deutschland in einem Abwärtssog gefangen. Mit dem Regierungswechsel verbindet sich die Trendwende: Abbau des Staatsdefizits, 470.000 Arbeitslose weniger, erstmals seit vier Jahren eine Arbeitslosenquote unter 10%, 260.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mehr, ein Wirtschaftswachstum von über 2% im Jahr 2006 und auch für 2007 nach oben korrigierte Prognosen.

Ein Jahr Große Koalition – das ist ein Jahr wichtiger politischer Weichenstellungen. Wo lange nur geredet wurde, wird gehandelt: Reform der bundesstaatlichen Ordnung, Konsolidierung der Staatsfinanzen, Impulse für Wachstum und Beschäftigung. Bei den Kernaufgaben der Großen Koalition setzt die CSU die Maßstäbe – vor allem durch die erfolgreiche Politik für Bayern. Die CSU wird sich weiter erfolgreich in die Große Koalition einbringen: mit der notwendigen Kompromissfähigkeit, konstruktiv und kantig.

Sanieren, Investieren, Reformieren

Mit diesem Dreiklang geben wir Impulse für Aufschwung und Arbeitsplätze: ohne Sparen kein Spielraum für In-

vestitionen - ohne Investitionen kein Wachstum - ohne Reformen keine nachhaltig stabilen sozialen Sicherungssysteme.

Sanieren: Das strukturelle Defizit wird zurückgeführt. Zu einem Teil gelingt das durch Einsparungen, daneben waren Steuererhöhungen notwendig. Die Defizitgrenze des Euro-Stabilitätspakts wird deutlich unterschritten. Die Verschuldungsgrenzen des Grundgesetzes werden eingehalten.

Investieren: Für zusätzliche Impulse für Wachstum und Beschäftigung werden bis 2009 25 Mrd € aufgewendet – davon über 4 Mrd € zusätzlich für Verkehrsprojekte, 6 Mrd € zusätzlich für Forschung und Innovation.

Reformieren: Jede Chance, Notwendiges anzupacken, wird genutzt: Korrekturen bei Hartz IV, Höheres Renteneintrittsalter, Sicherung der Spitzenmedizin für alle durch die Gesundheitsreform.

Konzentration auf den Mittelstand

Wir stellen gemeinsam mit Bundesminister Michael Glos den Mittelstand ins Zentrum der Wirtschaftspolitik:

Die verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten verschaffen mittelständischen Unternehmen notwendige Liquidität - eine wichtige Voraussetzung für mehr Investitionen. Betriebe und Arbeitsplätze erhalten: das ist auch unser Ziel bei der Reform der Erbschaftsteuer.

Von der Absetzbarkeit der Arbeitskosten für Handwerkerleistungen in privaten Haushalten bis zu 3.000 € profitieren Privathaushalte und Handwerksbetriebe gleichermaßen. Mit dem „Ersten Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft“ und dem „Normenkontrollrat“ ist ein Einstieg in die Lichtung des Bürokratie-Dschungels geschafft. Weitere Schritte werden folgen.

Senkung der Lohnnebenkosten

Auf ihrem beschäftigungspolitisch gebotenen Kurs zur Senkung der Lohnzusatzkosten sind deutliche Fortschritte erzielt worden. Mit der beschlossenen Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,2 % werden die Beitragszahler ab nächstem Jahr - trotz Erhöhungen bei Rente und Gesundheit - unter dem Strich um 1,3 % entlastet.

Verbesserung der Familienleistungen

Aktive Familienpolitik ist ein Herzstück der CSU. Die Ausweitung der steuerlichen Anerkennung von Kinderbetreuungs- und Pflegekosten unterstützt die Familien und fördert die beträchtlichen Beschäftigungspotentiale privater Haushalte.

Das neue Elterngeld ab 2007 richtet die familienpolitischen Leistungen neu aus, um den Menschen mehr Mut zu mehr Kindern zu machen. Das Elterngeld unterstützt Familien bei der Sicherung ihrer Lebensgrundlagen genau in der Phase, in der sich Eltern vorrangig um die Betreuung ihrer Kinder kümmern.

Durchgesetzt hat die CSU, dass auch alle nicht vor der Geburt erwerbsfähigen Elternteile, also besonders die Hausfrauen in traditionellen Alleinverdienerfamilien, ein Jahr lang mit einem Mindestbetrag von monatlich 300 € vom Elterngeld profitieren.

Rückenwind für die Landwirtschaft

Gemeinsam mit Bundesminister Horst Seehofer stehen wir für verlässliche Perspektiven der bäuerlichen Landwirtschaft und der ländlichen Räume:

Die Anhebung der Vorsteuerpauschale erspart den Land- und Forstwirten Buchführungs- und Steuerberatungsko-

sten und ist ein erfolgreiches Beispiel für Deregulierung und Entbürokratisierung.

Mehr Transparenz im Verbraucherschutz stärkt das Vertrauen in die Produkte der deutschen Agrarwirtschaft.

Bei der nach EU-Recht gebotenen neuen Besteuerung von Biokraftstoffen hat die CSU durchgesetzt: Reine Pflanzenöle bleiben bis Ende 2007 steuerfrei.

Erfolge tragen CSU-Handschrift

Mit der Bereitschaft zur Verantwortung bewegen wir etwas für unsere Heimat. CSU-Politik ist gleichermaßen den Zielen wirtschaftlicher Erfolg, Hilfe für die Schwachen und Bewahrung der Schöpfung verpflichtet. Die Handschrift der CSU prägt wichtige Weichenstellungen der Großen Koalition:

Für die Sicherheit der Bürger werden überfällige Gesetze beschlossen: zum Schutz vor Sexualstraftätern, zur Gegenwehr gegen Terror und organisierte Kriminalität.

Am BND-Umzug hätten wir als Opposition im Bundestag nicht ein Jota verändert – so bleibt der Standort Pullach mit tragfähiger Perspektive erhalten.

Deutschland ist nicht mehr Vorreiter für einen EU-Beitritt der Türkei. Rot-Grün glaubte, mit Zugeständnissen an die Türkei Wähler in Deutschland zu gewinnen.

Das 75-Mio-€-Grenzregionenprogramm der EU, der Erhalt der Gemeinschaftsaufgaben „regionale Wirtschaftsstruktur“ und „Agrarstruktur“ und die Konvergenzklausel in der Gesundheitsreform sichern Chancen für Bayern.

Der Ausblick auf die Präsidentschaft Deutschlands in der Europäischen Union und im Kreis der „G8“-Wirtschaftsgroßmächte macht klar: Es ist gut, dass CDU und CSU die Regierung führen und Angela Merkel Kanzlerin ist. Sie hat mit Verlässlichkeit für Deutschland neues Ansehen gewonnen.

Erfolge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

